Luzern, Samstag, 20. Oktober 1900. N° 242 Verbreitetste Zeitung der Zentralschweiz.

Luzerner Tagblatt

Freisinniges Organ

Hauptanzeigeblatt für Stadt und Kanton Luzern

und die übrige Zentralschweiz

Neunundvierzigster Jahrgang

Abonnementspreise:

	1 Monat	6 Monate	12 Monate
Durch die Post bezogen	Fr. 3. 40	Fr. 6. 40	Fr. 12. 80
Für Luzern zum Bringen	„ 3. —	„ 6. —	„ 12. —
„ „ Abholen	„ 2. 50	„ 5. —	„ 10. —
Für das Ausland:			
Bei Wochenzusendung	„ 7. 50	„ 15. —	„ 30. —
„ täglicher Zusendung	„ 8. —	„ 16. —	„ 32. —

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Insertionspreise:

Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum:
Lokal-Inserate 10 Cts., Wiederholungen ... ... 8 Cts.
Kanton Luzern, Urkantone, Zug u. angrenzender Teil des Aargau 12 „
Uebrige Schweiz und Ausland ... ... 15 „
Inserate mit Vorschrift: „Unmittelbar unter dem Textteil zu plazieren" werden mit 20 % Zuschlag des betreffenden Tarifes berechnet.
Preis der Reklame-Zeile (Petit-Schrift): 50 Cts.

Redaktions-Büreau: Baselstraße Nr. 11 — Telephon —

Gratis-Beilagen: Jeden Freitag die doppelseitige Beilage „Wöchentliche Unterhaltungen" Alle vierzehn Tage das „Haushaltungsblatt" Gemeinnütziges Blatter.

Gratis-Beilagen

Expeditions-Büreau: Baselstraße u. Kornmarkt. — Telephon —

1. Der Verwaltungsrat der Bundesbahnen.

Da die Zusammensetzung des Verwaltungsrates der Bundesbahnen so vielfach Anlaß zur Diskussion gegeben hat, so teilen wir im folgenden ein Verzeichnis der sämtlichen Mitglieder dieses Verwaltungsrates mit, indem wir dieselben ohne Rücksicht darauf, ob sie vom Bundesrat, vom Kanton oder von einem Kreiseisenbahnrat gewählt seien, kantonsweise nach ihren Wohnorten zusammenstellen, die Wahlbehörde dabei aber angeben. Dieses Verzeichnis lautet nun wie folgt:

(B. R. nach dem Namen eines Mitgliedes bedeutet: Wahl durch den Bundesrat, K. Wahl durch den Kanton und K. E. R. Wahl durch den Kreiseisenbahnrat.)

Bleuler-Hüni Konrad, Regierungsrat in Zürich (K.); Frey Alfred, Sekretär des Schweiz. Handels- und Industrievereins, Nationalrat in Zürich (B. R.); Geilinger Rud., Stadtpräsident, Nationalrat in Winterthur (B. R.); Pestalozzi Hans, Stadtpräsident, Nationalrat in Zürich (K. E. R.); Russenberger E., alt Nordostbahn-Direktor in Zürich (B. R.); Spühler Th., alt Direktor der Schweiz. Kreditanstalt in Zürich (B. R.).

Forster R. E., Oberrichter, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Jura-Simplon-Bahn in Bern (B. R.); Hirter Johann, Präsident des bernischen Vereins für Handel und Industrie, Nationalrat in Bern (B. R.); Morgenthaler R., Regierungsrat in Bern (K.); Moser Karl, Direktor der landwirtschaftlichen Schule des Kantons Bern auf der Rütti bei Bern (B. R.); Ruchonnet Ernst, Präsident der Direktion der Jura-Simplon-Bahn in Bern (B. R.); Scheidegger, Präsident des Zentralvorstandes des Schweiz. Gewerbevereins in Bern (B. R.); Sourbeck Th., Generalsekretär des Verbandes des Personals schweiz. Transportanstalten in Bern (B. R.).

Bell Th., Präsident der Aktiengesellschaft der Maschinenfabrik Th. Bell & Cie. in Kriens (B. R.); Schobinger Jos. Anton, Schultheiß, Nationalrat in Luzern (K.).

Furrer Josef, Regierungsrat in Sitenen (K.), von Reding-Biberegg Rudolf, Oberstlieutenant, Landammann in Schwyz (B. R.), von Moos Paul, Landsäckelmeister in Sachseln (K.); Wirz Adalbert, Gerichtspräsident in Sarnen (B. R.). Wyrsch J., Dr. med., Landammann, Ständerat in Buochs (K.).

Blumer Eduard, Landammann, Nationalrat in Schwanden (K.). Schmid J. A., Dr., Regierungsrat in Baar (K.).

Cardinaux Louis, Staatsrat, Ständerat in Freiburg (K.); Wuilleret Ch., Präsident des Verbandes der landwirtschaftlichen Gesellschaften der romanischen Schweiz in Freiburg (B. R.).

von Arx Kasimir, Ständerat in Olten (B. R.); Kyburg R., Dr., Regierungsrat in Solothurn (K.).

Heußler W., Präsident des Direktoriums der Schweiz. Centralbahn in Basel (B. R.); Philippi Rudolf, Regierungsrat in Basel (K.); Speiser Paul, Dr., Regierungsrat in Basel (K. E. R.); Stähli-Sprüngli Robert, Kaufmann in Basel (B. R.). — Grieder A., Dr., Regierungsrat in Liestal (K.).

Keller J., Regierungsrat, Schaffhausen (K.). — Lutz J. K., Landammann, Nationalrat in Lutzenberg (K.). — Steuble Adolf, Landesstatthalter in Appenzell (K.).

Baumann, Dr., Präsident der Direktion der Vereinigten Schweizerbahnen in St. Gallen (B. R.); Keel Johann Josef, Regierungsrat, Nationalrat in St. Iden (K.); Kirchmann Leonhard, Kantonsrat und Baudirektor in St. Gallen (K. E. R.); Wild R. E., Architekt, Direktor des Industrie- und Gewerbemuseums, Nationalrat in St. Gallen (B. R.).

Conrad Franz, Kantonsgerichtspräsident in Gils-Domleschg (K.).

Abt Heinrich, Direktor der landwirtschaftlichen Winterschule des Kantons Aargau in Brugg (B. R.); Künzli Arnold, Nationalrat in Rheinfelden (B. R.); Müri Hans, Dr., Regierungsrat, Nationalrat in Aarau (K.).

Leumann Georg, Ständerat in Frauenfeld (B. R.); Wild R., Regierungsrat in Frauenfeld (K.).

Curti Curzio, Oberst und Regierungspräsident in Bellinzona (K.).

Dubouz Viktor, Staatsrat in Lausanne (K.); Fonjallaz Eugen, Nationalrat in Epesses (K. E. R.); Gaudard Emile Louis, Nationalrat in Vivis (B. R.). — de Torrents Heinrich, Staatsrat in Sitten (K.). — Martin Louis, Nationalrat in Les Verrières (K.); Wittwer Heinrich, Alt-Direktor des Jura-Neuchâtelois in Neuenburg (B. R.). — Favon Georg, Staatsrat, Nationalrat in Genf (K.); Lachenal Adrien, Alt-Bundesrat, Ständerat in Genf (B. R.).

Der Kanton Schwyz hat seinen Vertreter im Verwaltungsrat der Bundesbahnen noch nicht bezeichnet.

* * *

Es ist nun offenbar leicht, an dieser Zusammensetzung da und dort Kritik zu üben; es haben denn auch bei den Aussetzungen an den vom Bundesrat getroffenen Wahlen die verschiedensten und teilweise einander geradezu entgegengesetzte Motive mitgewirkt. Man muß aber das Ganze im Auge behalten, und dann kann man nicht umhin, die Wahlen, die der Bundesrat getroffen hat, als im ganzen recht glückliche und jedenfalls bessere zu bezeichnen, als diejenigen der Kantone waren.

Die Bestimmung des Rückkaufsgesetzes, wonach jeder Kanton und Halbkanton je einen Vertreter in den Verwaltungsrat zu wählen hat, gab den kleinen Kantonen gegenüber den großen eine zu starke Bedeutung, und es war selbstverständlich, daß der Bundesrat dieses Verhältnis etwas zu korrigieren suchen mußte. Er hat denn auch den Verkehrszentren und größern Kantonen eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung gegeben, so daß nun die einzelnen Landesteile in rationeller Weise berücksichtigt erscheinen.

Nach der obigen Zusammensetzung hätte allerdings der Kanton Bern reichlich dasjenige erhalten, was ihm gebührt, vielleicht sogar etwas mehr. Das ist aber nur scheinbar. Hr. Sourbeck ist nicht zum Verwaltungsrat gewählt worden, weil er in Bern wohnt, sondern weil er Vertreter der Angestellten der künftigen Bundesbahnen ist, und Hr. Ruchonnet, Direktions-Präsident der Jura-Simplon-Bahn, ist offenbar als Vertreter der welschen Schweiz, speziell des Waadtlandes, aufzufassen; daß er unter dem Kanton Bern figuriert, beruht bloß auf dem Umstande, daß der Direktions-Präsident der Jura-Simplon-Bahn seinen Sitz in Bern hat.

Handel, Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft kommen bei den Wahlen durch die Kantone zu kurz, bei denjenigen durch den Bundesrat zu ihrem Rechte. Gerade nach dieser Richtung hat der Bundesrat viel besser operiert, als die Kantone. Hätte er aber allen Wünschen gerecht werden wollen, so hätte er nicht 25 Mitglieder wählen müssen, sondern die zehnfache Anzahl.

Der Bundesrat hat sich bei den Wahlen absolut nicht von politischen Rücksichten leiten lassen. Obgleich die verschiedenen politischen Richtungen schon bei den kantonalen Wahlen zur Geltung kamen, finden wir bei den vom Bundesrat gewählten Männern eine Reihe von katholisch-konservativen und protestantisch-konservativen Namen und daneben eine Anzahl von Männern, welche politisch ganz neutral sind und von deren politischer Gesinnung man in weitern Kreisen nie etwas erfahren hat, Leute also, die einzig und allein mit Rücksicht auf ihre Bedeutung in Handel, Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft, ihre Eigenschaft als Vertrauensmänner der in diesen Erwerbsgruppen tätigen Bevölkerungskreise gewählt wurden. Wenn gerügt wurde, daß die äußerste Linke zu kurz gekommen sei, so ist zu entgegnen, daß die politischen Parteien als solche keine Vertretung zu beanspruchen haben, daß aber die wirtschaftlichen Interessen, deren Verfechtung sich die äußerste Linke speziell zum Ziel gesetzt hat, nämlich die Interessen der Arbeiterschaft, ihre Vertretung erhalten haben in der Person des Hrn. Sourbeck, des Sekretärs des Verbandes des Personals der künftigen Bundesbahnen.

Man hat getadelt, daß der Bundesrat von seiner Kompetenz, neun Mitglieder der Bundesversammlung zu wählen, vollen Gebrauch gemacht und daß er noch dazu diese neun Mitglieder der radikal-demokratischen Gruppe der Bundesversammlung entnommen habe. Das letztere ist nicht richtig, da Hr. Frey, Sekretär des Schweiz. Handels- und Industrievereins, der radikal-demokratischen Gruppe nicht angehört. Im übrigen zählt eben diese letztere Gruppe in der Bundesversammlung eine Reihe von Mitgliedern, welche befähigt und berufen sind, in wirtschaftlichen Dingen ein gewichtiges Wort mitzusprechen. Hr. von Arx z. B. hat bei der Eisenbahnverstaatlichung in ganz hervorragender Weise mitgewirkt, ebenso in der Bundesbankfrage; er steht mitten im wirtschaftlichen Leben. Hr. Künzli ist Großindustrieller, und erst letzthin hat der Nationalrat durch seine Wahl zum Präsidenten der Zolltarifkommission die Kompetenz des Hrn. Künzli in wirtschaftlichen Fragen anerkannt. Hr. Hirter ist der Inhaber eines großen kaufmännischen Geschäftes, Präsident des bernischen Vereins für Handel und Industrie, Bankpräsident der Kantonalbank von Bern, Präsident der Eisenbahnkommission des Nationalrates. So ließe sich die Liste vermehren. Sollten solche Leute vom Verwaltungsrat der Bundesbahnen ausgeschlossen sein, weil sie auch in der Politik sich betätigen, weil sie Mitglieder der Bundesversammlung sind? Wir denken: nein.

Schweiz.

— **s. Bundesbahnen.** Direktor Moser von der landwirtschaftlichen Schule in Rütti hat infolge einer Wahl in den Verwaltungsrat der Bundesbahnen als Mitglied des Kreis-Eisenbahnrates 2 (Basel) demissioniert. An seine Stelle wählte die Berner Regierung Oberstlieutenant Hofer in Bleiligkofen bei Bern, Präsident der ökonomisch-gemeinnützigen Gesellschaft des Kantons Bern.

— **Ein Kanton — ein Wahlkreis.** Der „Bund" befaßt sich mit dem Ergebnis, das die für den Nationalratsproporz vorgeschlagene Wahlkreiseinteilung speziell für den Kanton Bern zur Folge hätte. Er schreibt:

„Nach dem Sinne des sozialistisch-reaktionären Zentralkomitees des Kantons Bern würde zunächst jede bernische Partei ihre Kandidaten aufstellen. Wir erhielten so eine freisinnige, eine konservative, eine sozialistische und wahrscheinlich überdies eine katholisch-konservative Liste, da die protestantischen Konservativen des alten Kantons voraussichtlich aus Opportunitätsgründen es vermeiden würden, eine gemeinsame Liste mit den Ultramontanen zu machen. Dazu kämen sechs Landesteillisten: eine oberländische, mittelländische, emmentalische, oberaargauische, seeländische und jurassische Liste. Sodann würden wohl auch die großen Berufsgenossenschaften, die ökonomisch-gemeinnützige Gesellschaft, der Bauernbund, der kantonale Gewerbeverein, der Handels- und Industrieverein u. s. f., die bisher in den Parteilisten eine sehr ansehnliche Berücksichtigung gefunden haben, mit eigenen Listen auftreten; damit wäre das erste Dutzend bereits überschritten.

„Welches Feld für die Intrigue, für die Uebervorteilungskünste, für die Kniffe der politischen Spekulation würde sich da eröffnen! Der Zersplitterung der Parteien in kleine Fraktionen und Fraktiönchen wäre Tür und Tor geöffnet. Alle großen Ziele und Gedanken würden im politischen Kampfe zurückgedrängt werden. Es würde eintreten, was die Resolution des freisinnigen Parteitages sagt: «Die Proportionalwahl gibt politischen und sozialen Liebhabereien ein ungehöriges Uebergewicht, zertrümmert das Gefühl für das Gesamtinteresse und setzt an dessen Stelle den Parteigeist.»"

— **Volkszählung.** Im Dachraum des neuen Parlamentshauses in Bern ist laut „Basl. Nachr." ein großer Saal von 200 m², mit Wandregalen mit 600 Fächern und 84 Arbeitstischen ausgestattet, zur Aufnahme des Zählpersonals für die nächste eidgenössische Volkszählung bestimmt. Dieser eigens hiefür eingerichtete, gut beleuchtete und ventilierte Saal wird nun für alle künftigen Zählungen einem bisher schwer empfundenen Mangel eines geeigneten Zähllokals abhelfen.

— **Gegen den Anarchismus.** Dem Pariser „Temps" ist aus Bern mitgeteilt worden, die österreichische und die italienische Regierung haben beim schweizerischen Bundesrat Einberufung einer internationalen Konferenz angeregt, welche Maßregeln gegen die anarchistische Propaganda zu beraten hätte. Eine Antwort seitens des Bundesrates sei noch nicht erfolgt. In diplomatischen Kreisen glaube man nicht, daß der Bundesrat darauf eingehen werde.

— **l. Zur Grenzsperre im Rheintal.** Gegen die Verfügung des Landwirtschaftsdepartements, mit welcher unterm 10. Oktober der landwirtschaftliche Grenzverkehr mit Klauenvieh längs der St. gallisch-österreichischen Grenze verboten wurde, ist dieser Tage in verschiedenen Zeitungen Protest erhoben worden.

Dem gegenüber weist das Landwirtschafts-Departement auf den Stand der Maul- und Klauenseuche im benachbarten Vorarlberg hin.

Es waren daselbst nach amtlichem Ausweis in der Zeit vom 3. bis 10. Oktober als verseucht und verdächtig angezeigt:

Bezirk	Gemeinden	Gehöfte	Alpen	Rindvieh Stück	Schafe Stück	Ziegen Stück	Schweine Stück
Bludenz	12	37	24	1706	1196	504	282
Bregenz	19	97	182	8534	723	642	1481
Feldkirch	14	60	42	8117	8	188	568
Total	45	194	248	18357	1922	1434	2326
Hievon an der Seuche tatsächlich erkrankt				12852	734	1368	1787

Eine Anzahl der verseuchten Gemeinden befindet sich in unmittelbarer Nähe der schweizerischen Grenze.

Luzern. * Die kantonale Lehrerkonferenz ist nunmehr auf 29. Oktober festgesetzt. Das früher an die Lehrer und Schulbehörden versandte Programm hat auch für diese Versammlung Geltung, ebenso die beigelegte Bankettkarte.

Für Benützung der seitens einiger Bahngesellschaften gewährten Fahrbegünstigung werden spezielle Ausweiskarten versandt; wer keine solche erhalten sollte, wolle beim Vorstande reklamieren.

Es wird noch speziell darauf aufmerksam gemacht, daß am Konferenztage morgens um 8 Uhr 40 Min. ein Extrazug ab Wolhusen nach Willisau abgeht.

— * Die Großratskommission für das Erbsgebührengesetz, welcher in der Märzsitzung des Großen Rates der Antrag des Hrn. Nat.-Rat Hochstraßer auf Einführung einer Aktivbürgersteuer, eventuell einer Klaviersteuer und dgl. zur Prüfung überwiesen wurde, hat beschlossen, auf diese Motion nicht einzutreten, sondern dem Großen Rate zu beantragen, diese letztere vorerst dem Regierungsrate zur Begutachtung zu überweisen. Der Motionssteller Hochstraßer war an der Kommissionssitzung nicht erschienen, trotzdem er doch wohl gerade zur nähern Erörterung seines Antrages in die Kommission gewählt worden war.

Bei der Beratung des Erbsgebührengesetzes hat die Kommission sodann entgegen ihrem frühern bezüglichen Beschlusse mit Mehrheit die vom Regierungsrate vorgeschlagene Herbeiziehung der Erben erster Klasse zur Entrichtung von Erbsgebühren abgelehnt.

— **Bürgerrechtsgesetz.** Der Regierungsrat spricht sich in einer Botschaft an den Großen Rat für Verschiebung der seit mehr als dreißig Jahren angestrebten Revision des Gesetzes über den Erwerb des Bürgerrechts aus.

Das Departement des Gemeindewesens hat zwar eine bezügliche Vorlage gemacht; doch würden dadurch die Grundlagen des bisherigen Gesetzes nicht geändert, sondern nur die Einbürgerung erleichtert. Der Regierungsrat hat nun beschlossen, auf diese Vorlage nicht einzutreten und überhaupt dermalen von einer Revision abzusehen, wobei er von folgenden Erwägungen ausging:

Die Mißstände, welche früher eine Revision als notwendig erscheinen ließen, bestehen nicht mehr oder doch bei weitem nicht mehr in dem Umfang, wie in den Siebziger- und Achtziger-Jahren. Sie wurden zu einem sehr großen Teil